

RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr. 3

Ausführlicher Bericht

17. Oktober 2005

INTERPELLATIONEN

1. ABSOLUTES RAUCHVERBOT IM SCHULWESEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DER PRÄSIDENT.- Gemäß Artikel 65 der Geschäftsordnung kommen wir zur Interpellation von Herrn Dr. J. Meyer an Herrn Minister Paasch über ein absolutes Rauchverbot im Schulwesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Herr Dr. Meyer hat das Wort.

HERR DR. J. MEYER (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung und des Parlaments, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Paasch! Schulen haben Vorbildcharakter, deshalb muss an allen Schulen ein absolutes Rauchverbot herrschen, und zwar für die Schüler und für die Lehrer. Viele Bürgerinnen und Bürger sind noch der Meinung, dass jeder Mensch für sich selber entscheiden kann und soll, ob er raucht oder nicht. Diese Meinung ist leider nicht mehr vertretbar! Einer der Gründe neben vielen anderen ist die spezielle Situation der Kinder und Jugendlichen. Die Zigarettenindustrie betreibt nämlich ein verbrecherisches und sogar mörderisches Geschäft, indem sie alles tut, um Kinder und Jugendliche zum Tabakrauchen zu verführen.

So werden den Zigaretten beispielsweise Zusatzstoffe beigemischt, die beim ersten Zug ein möglichst angenehmes Empfinden hervorrufen. Dies geschieht, um möglichst viel Nikotin zum Gehirn zu befördern, um also möglichst schnell eine psychologische Nikotinabhängigkeit zu erreichen. Es gibt einen im großen Stil von der Zigarettenindustrie organisierten Zigaretten Schmuggel. Dadurch wird der Preis der Zigaretten niedrig gehalten, damit Kinder und Jugendliche sich diese Zigaretten leisten können. Ein anderes Beispiel sind Schmiergelder und Korruption - das kann man belegen - in Politik und Wissenschaft. Gegen diese verbrecherische Macht hilft nur ein starker politischer Druck. Die wichtigste Maßnahme überhaupt ist die Entnormalisierung des Tabakrauchens. Es darf nicht normal sein, dass geraucht wird. Rauchen ist eine zu schweren Krankheiten führende Sucht! Nikotin ist eine zu schneller Abhängigkeit führende Droge! Rauchen bewirkt große wirtschaftliche und finanzielle Verluste in den Industriestaaten, auch in Belgien, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie in den Entwicklungsländern.

Ich möchte daran erinnern, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im Vergleich zu den anderen Gemeinschaften den traurigen Rekord bei der Anzahl von 10-Jährigen hält, die mit dem Rauchen anfangen. Sie, Herr Minister Paasch, haben als Unterrichtsminister die Richtlinienkompetenz, um ein striktes Rauchverbot für Schüler und Lehrer in allen subventionierten Schulen in der Gemeinschaft zu erlassen. Deshalb tragen Sie als Unterrichtsminister auch persönlich die Verantwortung für jede Schülerin und jeden Schüler, die/der in einer hiesigen Schule mit dem Rauchen anfängt, solange dieses Verbot noch nicht erlassen ist, denn Sie können nicht ausschließen, dass ein striktes Rauchverbot diese Schülerin oder diesen Schüler nicht davor schützen wird, überhaupt mit dem Rauchen anzufangen. Von daher also die logische Frage: Werden Sie, Herr Minister Paasch, ein vollständiges Rauchverbot an allen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Schulen erlassen und, wenn ja, wann?

DER PRÄSIDENT.- Bevor ich dem Herrn Minister das Wort erteile, möchte ich selbst eine Bemerkung äußern. Herr Dr. Meyer, Sie haben von Korruption in Politik und Wissenschaft gesprochen. Ich kann diese Aussage so nicht im Raum stehen lassen, denn ich halte das für eine böartige Unterstellung. Ich habe diese Aussage bereits aus der schriftlichen Vorlage zu Ihrer

Interpellation gestrichen und möchte auch, dass sie aus dem Protokoll dieser Sitzung gestrichen wird. Sind Sie damit einverstanden?

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Diese Aussagen können hundertprozentig belegt werden. Ich habe damit sagen wollen, dass die Zigarettenindustrie eine verbrecherische Industrie ist, die nicht davor zurückschreckt, die Politik und die Wirtschaft zu korrumpieren, und das ist ganz schlimm!

DER PRÄSIDENT.- Ich werde diesen Satz streichen lassen!

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Wenn Sie das tun, dann mit der Macht eines Parlamentspräsidenten, aber ausdrücklich gegen meine Erlaubnis. Ich möchte, dass dies so ins Protokoll aufgenommen wird, denn wenn ich Tatsachen im Parlament vorbringe, dann gehören diese ins Protokoll!

DER PRÄSIDENT.- Ich verwehre mich gegen den Vorwurf, Politik und Wissenschaft seien bestechlich, es sei denn, vielleicht solche wie Sie! Es tut mir leid, dass ich Ihnen das so sagen muss! Eine solche Verallgemeinerung kann ich jedoch nicht zulassen!

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Das ist lächerlich! Wenn Sie so etwas sagen, kann das zu einem strafwürdigen Tatbestand werden. Wenn ich sage, dass die Wissenschaft korrumpierbar ist, dann meine ich damit, dass einzelne Wissenschaftler sich korrumpieren lassen. Das ist effektiv belegt!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Kollege Dr. J. Meyer, wir dürfen uns in diesem Disput darauf verständigen, dass Sie mit den korrupten Wissenschaftlern und Politikern niemanden in diesem Hause gemeint haben.

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Das ist doch selbstverständlich!

HERR PAASCH, Minister.- Damit dürfte dieser Disput dann wohl beigelegt sein! ... Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ungefähr acht Monaten, am 21. Februar 2005 hat mich der Bruder des Interpellanten schon einmal zu diesem Thema befragt und mich aufgefordert, von oben herab den Schulgemeinschaften ein absolutes Rauchverbot aufzuerlegen. Die Fragen und Forderungen der Gebrüder Dr. Meyer haben sich seitdem nicht verändert, und es wird Sie nicht wundern, dass dies für meine Antworten und meine Grundhaltung zu diesem Thema in gleichem Maße gilt.

DER PRÄSIDENT.- Wenn ich Sie unterbrechen darf: Die Interpellation von Herrn Dr. E. Meyer wurde in der Sitzungsperiode 2004-2005 vorgebracht, Herr Minister!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, aber dennoch war es ...

DER PRÄSIDENT.- Es war in der vergangenen Sitzungsperiode!

HERR PAASCH, Minister.- Das macht keinen großen Unterschied! ... Jedenfalls waren und sind die beiden Interpellanten, ich selbst und wahrscheinlich alle hier in diesem Hause uns genau wie damals über die Gefahren des Tabakkonsums einig. Ich kann hinzufügen, dass die Weltgesundheitsorganisation kürzlich noch einmal sehr nachdrücklich auf diese Gefahren hingewiesen hat, indem sie beispielsweise die dramatische Tatsache feststellte, dass alle sechseinhalb Sekunden ein Mensch an den Folgen seines Tabakkonsums stirbt. Das sind 4,9 Millionen Menschen pro Jahr!

Der Interpellant hat völlig Recht: Das darf uns Politiker nicht kalt lassen, zumal die Probleme durch die Globalisierung des Tabakkonsums nachweislich zunehmen, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Aus Jugendbefragungen in der Euregio geht hervor, dass in der Deutschsprachigen

Gemeinschaft insgesamt 20,5% der Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren rauchen. Diese Zahl ist mehr als besorgniserregend, zumal andere Studien nachweisen, dass dieser Trend nicht etwa abnimmt, sondern - und das ist besonders schlimm - dass Jugendliche vielmehr immer früher, in 1% der Fälle sogar mit dem zehnten Lebensjahr, mit dem Rauchen beginnen.

Mir ist allerdings keine Studie bekannt, die die angedeutete These des Interpellanten untermauert, die Situation sei in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei Jugendlichen noch schlimmer als anderswo. Sie können mir die aber gerne vorlegen. Nach meinem Kenntnisstand steht zwar in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz unzweifelhaft fest, dass wir dieses Problem sehr ernst nehmen müssen. Die Zahlen liegen aber im Vergleich zu anderen Gemeinschaften unseres Landes und auch zu dem benachbarten deutschen Bundesland eher im allgemeinen Durchschnitt.

Das bedeutet aber nicht, dass es bei uns keinen Handlungsbedarf gäbe. Ganz im Gegenteil, es gibt Handlungsbedarf auf allen Ebenen, nicht nur, aber natürlich auch in unseren Schulen. Ich habe, wie damals als Antwort auf Ihre Interpellation angekündigt, in den letzten Monaten sehr viele Gespräche mit Schulleitern und mit Lehrpersonen geführt, um gemeinsam mit den Schulgemeinschaften zu überlegen, welche Schritte notwendig und welche Schritte möglich sind, um der schulischen Vorbildfunktion gerecht zu werden und unser mittelfristiges Ziel von rauchfreien Schulen zu erreichen. In diesen Gesprächen ist deutlich geworden, dass unsere Schulen das Problem schon sehr lange ernst nehmen. Viele Schulen beteiligen sich schon seit langem an Vorbeugungs- und Informationskampagnen. Viele Schulen haben eigene Konzepte entwickelt, um das Rauchen in ihren Gebäuden einzuschränken und in einigen Fällen auch zu unterbinden.

Einige Schulen haben zeitweise auch ein absolutes, radikales Rauchverbot, wie das, was Sie heute fordern, ausprobiert, allerdings mit überwiegend negativen Erfahrungen. Einige Beispiele: In diesen durch absolutes Rauchverbot rauchfrei gewordenen Schulen rauchten zwar die Schüler nicht mehr in der Schule - dort war es ja verboten -, dafür versteckten sie sich aber nachweislich in anderen Örtlichkeiten, wie beispielsweise in Toiletten, oder sie rauchten auf der anderen Straßenseite gegenüber der Schule oder sogar an noch weiter entfernten Orten, was in Bezug auf die Aufsicht noch viel schlimmer ist. Das bedeutet - das wird auch der Interpellant einsehen müssen -, dass wir aufgrund dieser Erfahrungen zumindest anerkennen müssen, dass ein von oben herab diktiertes absolutes Rauchverbot auch mit Gefahren verbunden ist. Gerade aus gesundheitspolitischen und vor allem aus pädagogischen Gründen ist es wichtig, dass die Schüler auf dem Schulgelände bleiben und nicht anderswo anderen Gefahren ausgesetzt sind.

Sie fordern ein absolutes Rauchverbot. Das hat Ihr Kollege und Bruder im Februar dieses Jahres auch getan. Ich erinnere Sie genau wie ihn damals noch einmal ganz kurz daran, dass es bereits Rauchverbote in den Schulgebäuden gibt: Erstens - das weiß in diesem Hause wahrscheinlich jeder - dürfen Jugendliche unter 16 Jahren nirgendwo rauchen, auch nicht in den Schulen. Zweitens: auch für ältere Jugendliche und Erwachsene ist das Rauchen in den Schulgebäuden bereits seit 1990 grundsätzlich verboten. Der Königliche Erlass vom 15. Mai 1990 erlaubt allerdings den Lehrpersonen - und nur ihnen - unter bestimmten Bedingungen das Rauchen in abgetrennten und geschlossenen Räumlichkeiten, wenn - und nur wenn - die Schüler zu diesen Räumen keinen Zugang haben und gleichzeitig sichergestellt wird, dass nichtrauchende Lehrpersonen dadurch nicht belästigt werden. Drittens, diese Möglichkeit wurde durch den Königlichen Erlass vom 19. Januar 2005 zum Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakqualm noch weiter eingeschränkt. Und ab dem 1. Januar 2006 darf auch in den Räumen nicht mehr geraucht werden, zu denen Arbeitnehmer - nicht nur Schüler - im weitesten Sinne Zugang haben. So darf in Zukunft beispielsweise nicht mehr in den Lehrerzimmern oder im Büro des Schulleiters geraucht werden. Überall dort, wo Schüler oder Arbeitnehmer sich aufhalten oder aufhalten könnten, gilt also ab dem 1. Januar 2006 ein absolutes Rauchverbot. Lediglich das Einrichten von kleinen Raucherzimmern - so genannten „fumeurs“, wie das im Regeltext heißt -, die aber ausschließlich für diesen Zweck genutzt werden dürfen, wird möglich sein. Nur dort werden Lehrpersonen rauchen dürfen, womöglich auch weiterhin unter strengen Auflagen.

Wer ein Rauchverbot in den Schulen fordert, sollte also wissen, dass es bereits Verbote gibt. Bleibt die Frage, ob wir als Politiker nun - wie der Interpellant das zu fordern scheint - noch zwei Schritte weitergehen sollten, indem wir, erstens, diese kleinen Raucherzimmer für Lehrer verbieten, und, zweitens, den Lehrern und älteren Jugendlichen auch das Rauchen außerhalb des Gebäudes auf dem Schulgelände verbieten. Das wäre für Politiker sehr wahrscheinlich populär. Außerdem müsste ich mir dann wohl nicht mehr den - das müssen Sie zugeben - absurden Vorwurf des Interpellanten anhören, ich sei persönlich dafür verantwortlich, wenn ein Jugendlicher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Rauchen anfängt.

Ich habe die bestehende Möglichkeit weiterer Verbote mit Schulleitern und mit Lehrpersonen besprochen und bin dabei auf resoluten Widerstand gestoßen. Das muss Sie, das muss mich nicht unbedingt stören. Politiker müssen bekanntlich auch in der Lage sein, sich über Widerstände und Widersprüche hinwegzusetzen. Dass wir das können, das haben wir ja hinreichend bewiesen.

In diesem Fall bin ich aber davon überzeugt, dass wir den Protest, die Argumente der Schulleiter und die damit verbundenen Warnungen ernst nehmen müssen. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass wir es uns nicht so einfach machen dürfen, wie Sie das fordern. Ein von oben herab diktiertes radikales, kurzfristiges, absolutes Verbot, auf dem Schulgelände zu rauchen, würde das Problem nicht lösen. Im Gegenteil, wir würden neue Gefahren schaffen, denen wir unsere Jugendlichen auch nicht aussetzen dürfen. Zudem weisen Schulleiter, aber auch Experten und Wissenschaftler darauf hin, dass absolute Verbote nicht unbedingt dazu beitragen, die Eigenverantwortlichkeit von Schulen und von Eltern zu fördern.

Es gibt aber in diesem Bereich sehr viele Ratgeber, die gerade beim Umgang mit Drogen sehr viel Wert darauf legen, die Schulen, Lehrer und Eltern mit in die Verantwortung und in kreative Denkprozesse einzubeziehen, um Eigeninitiativen zu provozieren. Deshalb fordern viele Verantwortliche, das Nein zu Zigaretten müsse von unten kommen, denn ein Diktat von oben sei eher kontraproduktiv. Es gibt übrigens interessante Beispiele dafür, dass das Nein von unten auch tatsächlich zu wirklich rauchfreien Schulen führen kann.

Wenn wir rauchfreie Schulen wollen, dann müssen wir dieses Ziel nach meiner Überzeugung gemeinsam mit den Schulgemeinschaften anstreben. Dann müssen wir überzeugen, statt verbieten. Dann müssen wir vorbeugen und informieren, statt zu diktieren. Um dieses auf Freiwilligkeit und Überzeugung setzende Ziel zu erreichen, haben Gesundheitsbeirat, verschiedene Schulgemeinschaften und Ministerium gemeinsam bewusstseinsbildende Maßnahmen ausgearbeitet. Zusätzlich zu den bereits seit Jahren durchgeführten Kampagnen der ASL, beispielsweise der Antitabakkampagne, oder auch der AG „Sekundarequipe“ oder auch den vielen Referaten zu diesem Thema werden wir noch in diesem Schuljahr zunächst mit Pilotschulen und später dann auch strukturell mit anderen Schulen im Konsens mit den Schulen das Projekt unter dem wegweisenden Titel „Weg zur rauchfreien Schule“ verwirklichen.

Diesem Projekt liegen nach dem Vorbild des europäischen Nichtraucherwettbewerbs „Be smart, don't start“ drei Ansätze zugrunde, die ich kurz zusammenfassen möchte. Erstens, der so wichtige Ansatz der Prävention im ersten Sekundarschuljahr und dann darüber hinaus. Im ersten Sekundarschuljahr werden Präventionseinheiten durchgeführt mit zahlreichen Informationen, mit Analysen von Tabakwerbungen beispielsweise, auf die Sie hingewiesen haben, mit kreativen Aktivitäten und Spielen. Dieses Material ist nicht von uns selbst neu erfunden worden. Es ist in vielen Ländern der Europäischen Union bereits erfolgreich eingesetzt und getestet worden.

Prävention findet auch im zweiten und dritten Sekundarschuljahr statt. Dort werden wir den Wettbewerb „Rauchfreie Klasse“ durchführen. Bei diesem Wettbewerb, der auch anderswo schon erprobt und durchgeführt wurde, verpflichten sich Schulklassen selbst dazu, rauchfrei zu bleiben bzw., wenn sie es noch nicht sind, rauchfrei zu werden. Die erfolgreichen rauchfreien Klassen können attraktive Preise gewinnen, was natürlich ein positiver Anreiz ist. In Flandern wird übrigens derzeit ein

vergleichbarer Wettbewerb durchgeführt. Deshalb arbeiten wir in diesem wie in vielen anderen Bereichen der Gesundheitsförderung auch sehr gerne mit dem Flämischen Institut für Gesundheitsförderung (VIB) zusammen.

Zweiter Aspekt dieses Pilotprojektes, das später auch strukturell eingeführt werden soll, ist die Raucherentwöhnung sowohl für Schüler als auch für Erwachsene bzw. in diesem Fall für Lehrer. Zunächst für Schüler: Schüler werden in dieser global angelegten Kampagne ab dem 16. Lebensjahr die Gelegenheit haben, kostenlos an einem Raucherentwöhnungskurs teilzunehmen. Diese Kurse finden in vier Einheiten außerhalb des Unterrichts statt. Kürzlich sind auch entsprechende Dokumente verteilt worden. Schüler, die es schaffen, dem Rauchen zu entsagen, erhalten dann auch positive Anreize in Form von besonderen Preisen. Dabei wird auch halbjährlich ausgewertet, ob diese Aktion erfolgreich verlaufen ist oder nicht. Es finden ebenfalls Raucherentwöhnungskurse für das Lehr- und Verwaltungspersonal der Schulen statt, dies sowohl im Norden als auch im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und nach demselben Schema.

Ich darf Ihnen sagen, dass das Königliche Athenäum Eupen dieses Projekt freiwillig als erste Pilotschule in diesem Schuljahr durchführen wird, natürlich mit unserer Unterstützung. Auch das ZAWM Eupen und das Bischöfliche Institut in Büllingen werden bereits in dieser ersten Pilotphase Teile des Projektes verwirklichen. Danach werden wir das Projekt progressiv ausdehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden mit diesem und mit ähnlichen Projekten den Weg zur rauchfreien Schule noch konsequenter und noch ergebnisorientierter beschreiten als in der Vergangenheit. Wir setzen dabei auf die Überzeugung und die Freiwilligkeit. Zusätzliche und von oben herab auferlegte Verbote sind derzeit nicht geplant. Ich lade den Interpellanten aber gerne zu unserer nächsten Schulleiterversammlung zu diesem Thema ein. Er kann sich dann ein objektives Bild der Lage und der Gegenargumente machen. Vielleicht gelingt es ihm ja, die Schulleiter davon zu überzeugen, dass sie alle trotz ihrer alltäglichen Erfahrungen Unrecht haben und stattdessen besser den Vorschlägen der Gebrüder Dr. Meyer folgen sollten.

Das Unterrichtsministerium jedenfalls wird auch weiterhin die Schulen bei jeder sinnvollen Aktion gegen den Tabakkonsum auf dem Weg zur rauchfreien Schule unterstützen. Gesundheitsförderung und Drogenprävention betreffen jedoch nicht nur die Schulen und damit auch nicht nur die Schulpolitik. Diese Themen verdienen einen ganzheitlichen Ansatz, und deshalb sollten in unseren Augen auch alle gesundheitspolitischen Maßnahmen von einer Stelle und von einem Minister koordiniert werden.

Die kürzlich durchgeführte Verwaltungsreform trägt diesem ganzheitlichen Ansatz bereits Rechnung, indem nun auch die Gesundheitsvorsorge an Schulen federführend von der Abteilung für Soziales und Gesundheit des Ministeriums betreut wird. Im Sinne einer notwendigen bestmöglichen Abstimmung zwischen den Zuständigkeiten der einzelnen Regierungsmitglieder und der einzelnen Verwaltungsabteilungen ist es meines Erachtens durchaus sinnvoll, dass dieser Bereich der Gesundheit in den Schulen zu den Zuständigkeiten des Gesundheitsministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören sollte, der für die gesamte Gesundheit federführend ist. Dadurch können wir - so glaube ich - gewährleisten, dass in diesem Bereich alle denkbaren Synergien genutzt werden und Doppelangebote vermieden werden können. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

DER PRÄSIDENT.- Herr Dr. J. Meyer hat das Wort.

HERR DR. J. MEYER *(aus dem Saal)*.- Herr Minister Paasch, zuerst möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie mit einem einfachen Satz diese mir völlig unverständliche Stellungnahme des Herrn Parlamentspräsidenten entschärft haben. Natürlich habe ich mit meiner Aussage vorhin nicht die Politiker und Wissenschaftler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeint; es gibt ja noch einige andere Politiker und Wissenschaftler auf der Welt!

In Bezug auf Ihre Stellungnahme meine ich, differenzieren zu müssen. Ein striktes Rauchverbot wäre unseres Erachtens wichtig für die Kinder und Jugendlichen, die noch nicht rauchen. Diejenigen, die schon rauchen, sollten anders behandelt und anders angefasst werden, und da kann ich nur begrüßen, was Sie soeben gesagt haben. Diejenigen, die schon rauchen, werden irgendwo außerhalb des Schulgeländes, auf der anderen Straßenseite, in einem nahe gelegenen Park oder sonst wo rauchen. Dass die Schüler - ob Raucher oder Nichtraucher - das Schulgelände in den Pausen verlassen, geschieht sowieso und lässt sich eh nicht verbieten.

Ich will gerne in einem halben Jahr oder in einem Jahr die Erfahrungen des Landes Hessen hier vortragen, das seit dem 1. Januar dieses Jahres ein striktes Rauchverbot für alle Schulen des Landes erlassen hat. Dann können wir ja sehen, welche Erfahrungen man dort mit diesem strikten Verbot gesammelt haben wird. Ich finde alles sehr gut, was Sie in Bezug auf Initiativen gesagt haben, die ergriffen werden, und bin froh, dass Sie diese Richtung verfolgen und wünsche Ihnen und allen, die sich dafür einsetzen, Erfolg. Ich würde sagen, dass wir es vorerst dabei belassen sollten. In einem Jahr werde ich dann mit dieser Thematik auf das Parlament bzw. auf Sie gegebenenfalls wieder zukommen.

DER PRÄSIDENT.- Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? Dem ist nicht so. Es liegt kein Antrag vor. Somit ist diese Aussprache abgeschlossen.